## Beschlussempfehlung

Hannover, den 17.06.2020

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

## Verfassungsgerichtliches Verfahren

Organstreitverfahren der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP im Niedersächsischen Landtag gegen die Niedersächsische Landesregierung wegen Verletzung der Unterrichtungspflicht nach Artikel 25 Abs. 1 NV (Niedersächsische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie) - StGH 3/20

 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, vertreten durch ihre Fraktionsvorsitzende Julia Willie Hamburg, MdL Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragstellerin zu 1 -

Prozessbevollmächtigter: Parl. Geschäftsführer Helge Limburg, MdL

Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover

und

 der Fraktion der Freien Demokratischen Partei im Niedersächsischen Landtag, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Dr. Stefan Birkner, MdL Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover

- Antragstellerin zu 2 -

Prozessbevollmächtigter: Fraktionsvorsitzender Dr. Stefan Birkner, MdL

Hannah-Ahrendt-Platz 1, 30159 Hannover

gegen

die Niedersächsische Landesregierung vertreten durch den Ministerpräsidenten Stephan Weil Planckstraße 2, 30169 Hannover

- Antragsgegnerin -

Schreiben des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 27.05.2020 - StGH 3/20 -

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen empfiehlt dem Landtag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landtag sieht in dem o. a. Verfahren von einer Stellungnahme gegenüber dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof ab.

Andrea Schröder-Ehlers Vorsitzende